

# Windkraft Kohlberg: Jetzt müssen die Gerichte entscheiden

Zum Windkraft-Beschluss des Neuenrader Rates eine Zuschrift aus Dahle, die wir gekürzt veröffentlichten:

Das war eine Ausnutzung von Macht gegen die Interessen weiter Bevölkerungskreise. Mit absoluter Rücksichtslosigkeit beschloss der Rat der Stadt Neuenrade die Vorrangzone Kohlberg gegen die beiden Stimmen der FWG-Vertreter Stäger und Peters, die damit einem außerordentlichen politischen Druck widerstanden.

Der Rat der Stadt Neuenrade muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er die berechtigten Interessen der unmittelbar anliegenden Bevölkerung mit Füßen tritt. Diese Spezies von Politikern ist es doch gerade, die zur Politikerverdrossenheit und infolge zur Staatsverdrossenheit beiträgt, weil der sich „demokratisch“ nennende Staat ein solches Handeln zulässt. Nun werden Gerichte entscheiden

müssen, ob die Vernichtung eines der bedeutendsten Landschaftsteile des Sauerlandes sowie die kalte Enteignung von Grundeigentümern durch Wertminderung staatlich sanktioniert wird.

Nicht unkommentiert bleiben dürfen die Ausführungen der Ratsfrau Kaluza (FDP), die vom Redakteur als „honorig“ bezeichnet wurde. Ich frage mich, ob man jemand „honorig“ nennen kann, wenn er Andersdenkende, die ein Recht auf freie Meinung haben, durch eine Strafanzeige vor den Kadi bringen will. Gott sei Dank gibt es in diesem Land noch die Meinungsfreiheit. Frau Kaluza verstieg sich sogar zu der Feststellung, dass „die Demokratie durch das Verhalten der Bür-

gerinitiativ-Aktivisten mit Füßen getreten werde. Ich bin ihr dankbar für diese Feststellung, denn ich kann sie frei übernehmen für das Verhalten des Neuenrader Rates in Sachen Kohlberg-Vorrangzone. Kommentarlos kann auch die Äußerung von Frau Kaluza nicht hingenommen werden, dass „das einzige Motiv der Bürgerinitiative“ „finanzieller Natur“ sei. Ja, ich habe in der Bau- und Planungsausschusssitzung deutlich gemacht, welch riesiger volkswirtschaftlicher Schaden auf die Neuenrader, Dahler und Evingser Bevölkerung durch Wertminderung ihrer Immobilien bei Ansiedlung der Windindustrie zukommt. Vielleicht hat sie meine anderen Ausführungen aber nicht

wahrgenommen oder in ihrer Äußerung wissentlich unterdrückt, um die Gegner der Windkraftanlagen zu diskreditieren. Ich habe ausgeführt, dass der Rat der Stadt bei Beschließung der Vorrangzone Kohlberg in Kauf nimmt, die nicht vorgeschädigte Landschaft Kohlberg zu ruinieren, den Kohlberg als Naherholungsgebiet zu ruinieren und eine bedeutende Rotmilanpopulation zu vernichten.

Ferner habe ich ausgeführt, dass die dem Kohlberg anliegenden Orte einen Attraktivitätsverlust hinzunehmen hätten, dessen Langzeitschaden nicht zu beziffern sei. Außerdem würde für die Anlieger infolge des Ratsbeschlusses eine Gesundheitsgefährdung produziert, deren

schädliche Auswirkungen gar nicht hoch genug einzuschätzen seien, auch die Wasserversorgung könne beeinträchtigt werden. Abschließend sei angemerkt, dass ich bei meiner Wortmeldung während der Sitzung lediglich nachfragen wollte, ob denn alle Ratsmitglieder darüber informiert seien, dass der Bürgermeister der Bürgerinitiative kein Rederecht außerhalb der Tagesordnung einräumen wollte. Eine solche Entscheidung ist sicher rechtlich möglich, demokratisch aber unmöglich.

Ich habe mich in diesem Zusammenhang auch gefragt, welche Rolle der Verwaltungsmann Schumacher dabei spielt, der als Hardliner auftrat, obwohl nur einzig und allein der Rat darüber befinden konnte, ob die Vertreter der Bürgerinitiative zu Wort kommen sollten oder nicht.

Wir freuen uns über jeden Leserbrief, müssen uns allerdings Kürzungen vorbehalten. Außerdem weisen wir darauf hin, dass Leserbriefe ausschließlich die Meinung der Einsender wiedergeben. Bitte versehen Sie Ihre Leserbriefe mit Ihrer Adresse und Ihrer Telefonnummer. Abgedruckt wird die komplette Anschrift aber nicht.

Sie erreichen uns per Mail an [ak@mzv.net](mailto:ak@mzv.net).



Wilfried Bracht  
Altena-Dahle